

Herr Präsident, liebe Kollegen und werte Gäste,

Transparenz ist gut und Transparenz ist natürlich auch der CDU Fraktion wichtig - dies nicht nur für die Kultur- und Baupolitiker sondern insbesondere auch für die Haushälter meiner Fraktion.

Angesichts der zwischenzeitlich auf rund 390 Mio gestiegenen Baukosten für die Sanierung der Staatsoper ist die Frage nach den Gründen für diese erhebliche Überschreitung der ursprünglichen Kostenplanung daher selbstverständlich.

Lassen Sie mich an dieser Stelle aber auch ganz klar festhalten, die Staatsoper ist der CDU Fraktion Berlin wichtig.

Unstrittig ist die Frage, was der Senat und auch wir als Parlamentarier aus den Fehlern der Vergangenheit für zukünftige Bauvorhaben lernen und wie sich solche erheblichen Kostensteigerungen zu Lasten des Berliner Haushalts in Zukunft vermeiden lassen können.

Diese Frage stellt sich leider bei öffentlichen Bauvorhaben immer wieder und wartet bislang noch auf eine belastbare Antwort.

An dieser Stelle ist mir als Haushälter jedoch der von Ihnen in der Antragsbegründung erwartete und lediglich auf Kulturbauten beschränkte Erkenntnisgewinn deutlich zu gering.

Da springen Sie als Opposition leider viel zu kurz.

Aus den bei der Sanierung der Staatsoper gemachten Fehlern müssen wir mit dem Blick auf den Haushalt unserer Stadt vielmehr für alle (!) öffentlichen Bauvorhaben lernen.

Frau Senatsbaudirektorin Regula Lüscher hat die Gründe für die Bauverzögerung und Bauverteuerung nach der gemeinsamen Baustellenbesichtigung auf der Dezember-Sitzung des Bauausschusses im Bernhard-Lichtenberg-Haus gleich neben der Staatsoper umfangreich und detailliert dargestellt. Das alles lässt sich auf den 51 Seiten des Wortprotokolls nachlesen.

Aus unserer Sicht ist daher die Einsetzung eines kosten- und zeitintensiven Untersuchungsausschusses über die Aufarbeitung der Vergangenheit für den Erkenntnisgewinn für zukünftige Bauvorhaben nicht notwendig.

Aber vielleicht geht es Ihnen ja tatsächlich auch um etwas ganz anderes?

„2016 ick hör dir trapsen!“

In jedem Fall haben Sie liebe Kollegen der Opposition anscheinend genügend freie Kapazitäten übrig.

Als CDU Fraktion werden wir uns ihrem Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses natürlich nicht verschließen.

Die Prüfung des detaillierten Untersuchungsgegenstandes Ihres Antrags soll den Kollegen im Rechtsausschuss vorbehalten bleiben.

Wir beantragen daher die Überweisung des Antrags in den Hauptausschuss und den Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten.

Die Berliner CDU-Fraktion wird die Einsetzung und die Arbeit des Untersuchungsausschusses, wie gewohnt, konstruktiv und inhaltlich begleiten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, soweit Sie mir zugehört haben.